



CONCOURS D'ENTRÉE EN DEUXIÈME ANNÉE

**04 mars 2023
3h coefficient 3
08h30/11H30**

ÉPREUVE DE DISSERTATION

(aucun document autorisé)

Thème : Travail et emploi

Sur la base des références bibliographiques fournies et de vos propres connaissances, vous traiterez le sujet suivant :

Les valeurs du travail et la précarité de l'emploi



CONCOURS D'ENTRÉE EN DEUXIÈME ANNÉE

**04 mars 2023
2h00 (13h30-15h30)
coefficient 3**

ÉPREUVE SUR OUVRAGE

Les candidats répondront aux questions suivantes en se fondant sur la lecture de l'ouvrage :

François-Xavier Devetter & Julie Valentin, Deux millions de travailleurs et des poussières. L'avenir des emplois du nettoyage dans une société juste, Les petites matins, 2021

1. Après avoir démontré que les emplois du nettoyage constituent des « sales boulots », vous expliquerez la distinction réalisée par les auteur.e.s entre « agents de service » et « nettoyeuses externalisées » et ce qu'elle révèle sur la situation professionnelle de chaque catégorie (7 points).
2. Après avoir analysé « l'équation de l'externalisation » posée par les auteur.e.s, vous exposerez les arguments qui expliquent la tendance à la croissance de l'externalisation en ce qui concerne les activités de nettoyage (7 points).
3. Le secteur de la propreté, un enjeu pour les finances publiques ? (6 points)



CONCOURS D'ENTRÉE EN DEUXIÈME ANNÉE

04 mars 2023

1h30 (16h00-17h30)

coefficient 2

EPREUVE D'ALLEMAND

Ce sujet est composé de 4 pages

Il est demandé aux candidats de répondre directement sur leur copie en indiquant clairement les numéros des exercices.

Attention: la note de 0/20 sera attribuée au candidat qui ne composera pas dans la langue choisie

Grüne und Lützerath: Verrat an den Idealen?

Von Jens Thureau

(...) Nach der Räumung von Lützerath vor gut zehn Tagen sagte etwa die bekannteste Vertreterin der Klimabewegung Fridays for Future in Deutschland, Luisa Neubauer, der ARD: "Ich weiß nicht, ob die Grünen-Führung sich bewusst ist, was sie da angerichtet hat". Viele Grünen-Mitglieder könnten sich nun abwenden. Pikant dabei:
5 Neubauer ist selbst Mitglied der Grünen. (...)

Tatsächlich hatten die Grünen, die im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit der CDU regieren, dem Kompromiss mit dem Energiekonzern RWE zugestimmt: Fünf Dörfer werden vom Abbaggern¹ verschont², Lützerath muss weichen. Zwar wird im Gegenzug der komplette Kohleausstieg früher als geplant
10 kommen, 2030 bereits. Aber dennoch: Die Umweltschutz- und Klimapartei der Grünen stimmt für das Abbaggern einer Ortschaft, um die klimaschädliche Verstromung von Braunkohle zu fördern?

Das könnte zu einer Zerreißprobe für die Partei im ganzen Land werden, meint etwa der Vorsitzende der Nachwuchsorganisation "Grüne Jugend", Timon Dzienus. Er verweist auf die heutige Außenministerin Annalena Baerbock, die im
15 Bundestagswahlkampf 2021 Spitzenkandidatin der Grünen war: Annalena Baerbock hat im Wahlkampf immer wieder gesagt: Diese sei die letzte Regierung, die noch Einfluss auf die Klimakrise nehmen könne.

Damit hat sie die Messlatte³ für die so genannte Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP hoch gelegt. "Wenn die Ampel es nicht schafft, die Klimaziele einzuhalten und die Emissionen in allen Sektoren zu begrenzen, kann vor allem die grüne Partei
20 großen Schaden nehmen", sagte Dzienus der Wochenzeitung "Die Zeit".

"Ohne Kompromisse geht auch im Klimaschutz gar nichts."

Rund 2000 Mitglieder der Grünen, die meisten aus Basis-Gruppierungen, unterschrieben noch vor der Räumung einen offenen Brief. Er ging an die Wirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen, Mona Neubaur, und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, beide von den Grünen. Darin werden beide
25 aufgefordert, die Räumung Lützeraths sofort zu stoppen. Der "ausgehandelte Deal mit dem Energiekonzern RWE droht⁴ mit den Grundsätzen unserer Partei zu brechen", heißt es weiter. "Und nicht nur das, wir brechen damit auch mit dem Pariser Klimaabkommen, dem Ampel-Koalitionsvertrag und dem letzten Vertrauen⁵ der Klimagerechtigkeitsbewegung."
30

¹ der Bagger : la pelle mécanique

² verschonen : épargner

³ die Messlatte : la mesure, l'étalon

⁴ drohen : menacer

⁵ das Vertrauen : la confiance

35 (...) Die Grünen-Chefin Ricarda Lang verteidigte die Vereinbarung der Landesregierung mit dem Energiekonzern noch einmal öffentlich : "Wenn wir keine Kompromisse machen würden, dann würde beim Klimaschutz einfach gar nichts passieren."

"Klimaschutz bleibt grünes Alleinstellungsmerkmal."

40 (...) Der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer sagt im Gespräch mit der DW, auch nach schmerzhaften Entscheidungen wie im Fall Lützerath blieben die Grünen die Partei mit dem höchsten Ansehen beim Klima - und Umweltschutz in Deutschland.

45 (...) Neugebauer glaubt nicht daran, dass die Kontroverse um Lützerath der Umweltschutzpartei wirklich schadet⁶. (...) Tatsächlich bewegen sich die Grünen in Umfragen auch nach Lützerath innerhalb der Werte, die sie auch davor hatten, also zwischen 18 und 20 Prozent an Wählerzustimmung.

Das hat auch damit zu tun, so Neugebauer, dass nicht nur im Fall Lützerath, sondern auch bei anderen Themen wie etwa weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine kaum Kontroversen innerhalb der Partei bekannt werden: "Es gibt die internen Konflikte, das würde ich schon noch sagen. Etwa die Frage, wer der nächste Kanzlerkandidat der Grünen werden soll." Aber vor allem die vielen neuen, jungen Mitglieder der Partei, so Neugebauer, "erleben die Grünen als eine pragmatisch agierende Partei in staatlicher oder Regierungsverantwortung, die aber gleichzeitig noch als einzige Partei die Ziele der Umwelt - und Klimapolitik vertritt." Zwischen 2015 und Ende 2021 hat sich die Anzahl der Mitglieder der Grünen von rund 60000 auf nun 125000 mehr als verdoppelt, die meisten der neuen Mitglieder sind jung. Und die meisten der Umweltaktivisten wie die in Lützerath, meint Neugebauer, würden sowieso keiner Partei beitreten, weder den Grünen noch anderen.

60 Der Mannheimer Politikwissenschaftler Marc Debus konstatiert: Die Kontroverse um Lützerath könnte für die Grünen sogar eine Chance sein. Nach dem Motto: Wer realpolitisch handle, zeige den Wählern, dass er bereit sei, Verantwortung⁷ zu übernehmen. "So kann man für moderat ausgerichtete Wähler attraktiv werden und dort möglicherweise Stimmen⁸ gewinnen, die man an anderer Stelle verliert." So wie die Stimmen der Aktivisten, die in Flensburg in Schleswig-Holstein das Wahlkreisbüro von Wirtschaftsminister Robert Habeck während der Räumung in Lützerath zwischenzeitig besetzt hielten. Sie dürften in Zukunft kaum mehr zu den Wählern der Grünen gehören.

Aus : „Deutsche Welle“, 21. 01. 2023

⁶ schaden : nuire

⁷ die Verantwortung : la responsabilité

⁸ die Stimme : la voix

A) Fragen zum Text (8 Punkte)

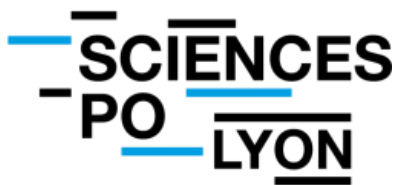
Antworten Sie auf folgende Fragen. Sie dürfen aber nicht ganze Sätze zitieren oder abschreiben.

- 1) Vor welchen Herausforderungen stehen die Grünen ? (3 Punkte)
- 2) Welche unterschiedlichen Meinungen und Argumente werden vorgebracht ?
(3 Punkte)
- 3) Wie entwickeln sich die Grünen laut Experten ? (2 Punkte)

B) Aufsatz (12 Punkte)

Aimée von Baalen ist Klimaschutzaktivistin der „Letzten Generation“. Im ARD-Talk „Hart aber fair“ spricht sie der Regierung im Namen der Klimaschutzbewegung das Misstrauen aus und fordert einen Gesellschaftsrat : „Wir sehen leider gerade, dass die Regierung darin versagt, die Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen, die uns nicht über die zwei Grad hinausführen. (...) Wie sollen wir denn als junge Bevölkerung noch Vertrauen in die Regierung haben (...) ?“

Kommentieren Sie ihre Aussage. (etwa 250 Wörter)



CONCOURS D'ENTRÉE EN DEUXIÈME ANNÉE

04 mars 2023

1h30 (16h00-17h30)

coefficient 2

EPREUVE D'ANGLAIS

Ce sujet est composé de 4 pages

Il est demandé aux candidats de répondre directement sur leur copie en indiquant clairement les numéros des exercices.

Attention: la note de 0/20 sera attribuée au candidat qui ne composera pas dans la langue choisie

UK to train Ukrainian pilots as ‘first step’ toward sending fighter jets

By Cristina Gallardo and Esther Webber

February 8, 2023

<https://www.politico.eu>

WAREHAM, Dorset — Ukrainian fighter pilots will soon be trained in Britain — but Kyiv will have to wait a little longer for the modern combat jets it craves. Ukrainian President Volodymyr Zelenskyy left the U.K. Wednesday with a firm British commitment to train fighter jet pilots on NATO-standard aircraft, along with an offer of longer-range missiles. U.K. Defense Secretary Ben Wallace has now been tasked with investigating which jets the U.K. might be able to supply to Ukraine, Downing Street announced — but Prime Minister Rishi Sunak fell short of making actual promises on their supply, which his spokesman said would only ever be a “long-term” option. Speaking at a joint press conference at the Lulworth military camp in Wareham, southern England, Sunak said the priority must be to “arm Ukraine in the short-term” to ensure the country is not vulnerable to a fresh wave of Russian attacks this spring.

Standing alongside Zelenskyy in front of a British-made Challenger 2 tank, Sunak restated that “nothing is off the table” when it comes to provision of military assistance to Ukraine, and said fourth-generation fighter jets were part of his conversation with the Ukrainian president “today, and have been previously.” These talks also covered the supply chains required to support such sophisticated aircraft, Sunak said. But he cautioned a decision to deliver jets would only be taken in coalition with allies, and said training pilots must come first and could take “some time.” “That’s why we have announced today that we will be training Ukrainian air force on NATO-standard platforms, because the first step in being able to provide advanced aircrafts is to have soldiers or aviators who are capable of using them,” Sunak said. “We need to make sure they are able to operate the aircraft they might eventually be using.” The first Challenger 2 tanks pledged by Britain will arrive in Ukraine by next month, Sunak added.

Describing his private conversations with Sunak as “fruitful,” Zelenskyy said he was “very grateful” that Britain had finally heard Kyiv’s call for longer-range missiles. But he warned that without fighter jets, there is a risk of “stagnation” in his country’s battle against Russian occupation. “Without the weapons that we are discussing now, and the weapons that we just discussed with Rishi earlier today, and how Britain is going to help us, you know, all of this is very important,” he said. “Without this, there would be stagnation, which will not bring anything good.” The U.K. had rolled out the red carpet for Zelenskyy’s surprise day-long visit, which alongside the visit to the military base included talks with Sunak at Downing Street, a meeting with King Charles at Buckingham Palace and a historic address to the U.K. parliament in Westminster. Only a handful of leaders have made such an address in Westminster Hall over the past 30 years, including Nelson Mandela and Barack Obama. “We have freedom. Give us wings to protect it,” Zelenskyy told British lawmakers, after symbolically handing House of Commons Speaker Lindsay Hoyle a helmet used by one of Ukraine’s fighter pilots. The message written upon it stated: “Combat aircraft for Ukraine, wings for freedom.” Zelenskyy’s call was backed by former Prime Minister Boris Johnson, who urged Sunak to meet his request. “We have more than 100 Typhoon jets. We have more than 100 Challenger 2 tanks,” he said. “The best single use for any of these items is to deploy them now for the protection of the

Ukrainians — not least because that is how we guarantee our own long-term security.” Western defense ministers will gather to discuss further military aid to Ukraine on February 14, at a meeting at the U.S. base of Ramstein in southwest Germany. Sunak’s spokesman said that while Britain has made no decision on whether to send its own jets, “there is an ongoing discussion among other countries about their own fighter jets, some of which are more akin to what Ukrainian pilots are used to.” Britain’s announcement marks the first public declaration by a European country on the training of Ukrainian pilots, and could spur other European nations into following suit. France is already considering a similar request from Kyiv. Yuriyy Sak, an adviser to Ukrainian Minister of Defence Oleksii Reznikov, praised the U.K.’s decision and said allies “know very well that in order to defeat Russia in 2023, Ukraine needs all types of weaponry,” short of nuclear. “A few weeks ago, the U.K. showed leadership in the issue of providing tanks to Ukraine, and then other allies have followed their example,” he said. “Now the U.K. is again showing leadership in the pilot training issue. Hopefully other countries will follow.” The British scheme is likely to run in parallel to an American program to train Ukrainian pilots to fly U.S. fighters, for which the U.S. House of Representatives approved \$100 million last summer. In October Ukraine announced a group of several dozen pilots had been selected for training on Western fighter jets. The first Ukrainian pilots are expected to arrive in Britain in the spring, with Downing Street warning the instruction program could last up to five years. Military analysts, however, say the length of any such scheme could vary significantly depending on the pilots’ previous expertise and the type of fighter they learn to operate.

I) READING COMPREHENSION (8pts)

Answer the following questions with full sentences using your own words (40-60 words per question)

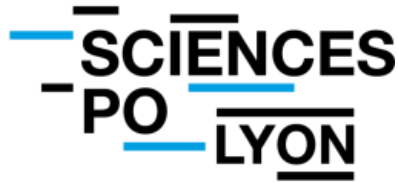
- 1) How critical could British modern jet fighters be for Ukraine? (2pts)
- 2) What is the most urgent option to back up Ukraine for the British authorities? (1pt)
- 3) How could you define the British stance in the Russia-Ukraine war? (2pts)
- 4) What are the different issues about the potential procurement of jet fighters for Ukraine? (2pts)
- 5) How does the UK's leadership deal with the Ukrainian president? (1pt)

II) ESSAY (12pts)

Write an essay of 300 words (+/- 10%) on the following subject:

How should democracies act to provide international security without aggravating crises?

You may refer to many different countries, not limited to the US and UK within the context of the Ukrainian crisis



CONCOURS D'ENTRÉE EN DEUXIÈME ANNÉE

04 mars 2023

1h30 (16h00-17h30)

coefficient 2

EPREUVE D'ESPAGNOL

Ce sujet est composé de 4 pages

Il est demandé aux candidats de répondre directement sur leur copie en indiquant clairement les numéros des exercices.

Attention: la note de 0/20 sera attribuée au candidat qui ne composera pas dans la langue choisie

“América Latina busca un lugar en la discusión climática”

Ariadna Dacil Lanza, diciembre de 2022

<https://nuso.org/articulo/America-Latina-cop27/>

[...] América Latina no fue a Egipto con una única representación, sino que participó de la COP27 a través de diversos foros y organismos regionales. La Asociación Independiente de América Latina y el Caribe (AILAC) –integrada por Chile, Colombia, Costa Rica, Guatemala, Honduras, Panamá, Paraguay y Perú– consideró prioritaria la disminución del uso de combustibles fósiles y de la emisión de gases de efecto invernadero, mientras que la Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América (ALBA) –compuesta por países como Venezuela, Cuba, Bolivia, Nicaragua, Antigua y Barbuda y Dominica– suscribió la idea, pero responsabilizó del cambio climático al desarrollo capitalista de los países centrales y pidió un compromiso mucho mayor de las naciones desarrolladas. Por su parte, el representante de la Alianza de Pequeños Estados Insulares (AOSIS, por sus siglas en inglés) señaló que la financiación de las pérdidas y daños debería provenir no solo de los países ricos sino también de impuestos a las empresas de combustibles fósiles, algo que el presidente colombiano Gustavo Petro impulsa en su país, aunque declara no tener esperanza en el sector privado. México, en tanto, se mostró alineado con Estados Unidos y anunció una mejora en sus metas para reducir emisiones de CO₂.

Pero pese a las diferencias, América Latina logró presentar un documento conjunto. La Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños (Celac), organismo que reúne a 32 países de la región, intervino en la COP27 con una posición unificada. Argentina, que ostenta la Presidencia pro tempore del grupo, fue la encargada de exponer el documento que contenía sobre todo demandas a las naciones centrales bajo el lema «Responsabilidades comunes pero diferenciadas». Bajo esa consigna, la Celac apuntó su diagnóstico: América Latina es una de las regiones más afectadas por el cambio climático sin ser una de las que más contribuyen a generarlo. [...]

En América Latina, los cambios de timón han sido frecuentes, pero su expresión máxima es el caso de Brasil. Con su retirada de la Celac y su política negacionista del cambio climático, el todavía presidente Jair Bolsonaro revirtió las políticas de los gobiernos precedentes. De hecho, apenas inició su gobierno, Bolsonaro despidió al director del Instituto Nacional de Investigaciones Espaciales (INPE), ente oficial que denunció el proceso de destrucción de la flora amazónica en Brasil. Ese fue el puntapié inicial para uno de los periodos récord de deforestación de la Amazonía brasileña. Bolsonaro, cuya gestión se caracterizó por el negacionismo respecto de cuestiones ambientales, no tuvo empacho en colocar en su gabinete a ministros investigados por comercio ilegal de madera. [...]

Si en América Latina y el Caribe la urgencia climática se solapa con los debates sobre la sustentabilidad económica y social, en algunas potencias desarrolladas el asunto parece supeditado a las características particulares de cada gobierno. El caso más extremo ha sido Estados Unidos. Si durante el gobierno de Donald Trump el país navegó sobre una política negacionista del cambio climático, con el de Biden desarrolló un inédito plan de inversión climática. [...]

Frente a ese escenario, el secretario general de la ONU, Antonio Guterres, sintetizó con dramatismo: «La humanidad tiene una elección: cooperar o morir. O un pacto por la solidaridad climática, o un pacto por el suicidio colectivo». Pero la cumbre fue un escenario más donde se expusieron no solo las diferencias entre los países, sino también las fluctuaciones dentro de ellos por los cambios de gobierno –que muchas veces en América Latina terminan por echar mano a aquello que genera divisas más rápidamente—. [...]

1. COMPRENSIÓN ESCRITA (8 PUNTOS)

A partir de la lectura del texto, responda a las siguientes preguntas de manera sintética y con sus propias palabras (máximo 5 líneas).

- a) Según el artículo, ¿cuál es la posición que comparten los países latinoamericanos con respecto a la discusión climática? (3 puntos)**
- b) ¿Y cuáles son los principales puntos de divergencia? (3 puntos)**
- c) Explique esta frase: “Si en América Latina y el Caribe la urgencia climática se solapa con los debates sobre la sustentabilidad económica y social, en algunas potencias desarrolladas el asunto parece supeditado a las características particulares de cada gobierno” (l. 35-37) (2 puntos)**

2. EXPRESIÓN ESCRITA (12 PUNTOS)

Según Antonio Guterres, frente al desafío climático, se trata de “cooperar o morir”. ¿Qué opina Ud. al respecto?

A partir de la situación expuesta en el texto, de sus conocimientos teóricos y dando ejemplos concretos, conteste a la pregunta en unas 300 palabras máximo. Puede apoyarse en casos latinoamericanos o de otras regiones del mundo.



CONCOURS D'ENTRÉE EN DEUXIÈME ANNÉE

04 mars 2023

1h30 (16h00-17h30)

coefficient 2

EPREUVE D'ITALIEN

Ce sujet est composé de 4 pages

Il est demandé aux candidats de répondre directement sur leur copie en indiquant clairement les numéros des exercices.

Attention: la note de 0/20 sera attribuée au candidat qui ne composera pas dans la langue choisie

Dal « merito » alla « natalità » : i Ministeri che cambiano nome nel governo Meloni

Nomina sunt consequentia rerum, i nomi sono conseguenti alle cose, voleva Giustiniano e scriveva Dante. Tranne che in politica, dove di solito si pretende che siano le cose a venire di conseguenza ai nomi. Di qui la fregola¹ di cambiarli. Dalla toponomastica cittadina, per la quale all'alternarsi delle amministrazioni comunali si accendono furiose guerre culturali, e una via Bettino Craxi o una piazza Italo Balbo sono chiamate a rispolverare identità ammuffite. Fino ai nomi dei partiti, continuamente mutati per alludere a cambiamenti solo mimati, con il Nord che entra ed esce dalla denominazione ufficiale della Lega, la sinistra che cade dal Partito democratico e il Popolo della libertà buttato in un cassonetto della storia come un abito sdrucito. Da un certo punto in poi perfino ai decreti legge hanno cominciato a dare un nome: Dignità, Sicurezza, Ristori.

Così tra le molte novità, alcune effettivamente storiche, del governo Meloni, ecco un massiccio ricorso all'innovazione nei titoli dei ministeri: un modo a costo zero per parlare all'elettorato prima di fare (o di poter fare) ciò che gli è stato promesso. E anche di dimostrare che, nonostante la moderazione nei conti e in Europa che la realtà delle cose imporrà perfino a Giorgia Meloni, questo resta fieramente un governo «di destra», capace dunque di usare le parole chiave della destra.

I risultati sono però disuguali. Per la Famiglia, per esempio, l'aggiunta di quella parolina «Natalità» ha un potente significato valoriale, perché propone il tema del sostegno pubblico alle scelte procreative delle famiglie. (...)

Anche sicurezza energetica ci sta bene, a fianco dell'Ambiente : ci siamo accorgendo sulla nostra pelle che le guerre di questa epoca si combattono anche col gas e il petrolio, e una nazione (con la destra al governo ora si dice così, non più paese) dipendente dall'approvvigionamento energetico è meno sicura e meno sovrana. Pleonastica invece pare l'aggiunta del Merito accanto all'Istruzione : dovrebbe già comprenderlo, perché è scritto nella Costituzione. E del resto, la scuola risponde anche al bisogno: deve certamente premiare i meritevoli, ma senza abbandonare chi non ha mezzi per non farcela.

Decisamente enfatico è invece l'effetto che fa il ministero dell'Agricoltura e della Sovranità alimentare. Va bene che l'uomo è ciò che mangia, ma se c'è qualcosa che scavalca le frontiere nei mercati globalizzati, quello è il cibo. A meno di non voler boicottare mango e papaya, effettivamente poco sovranisti, anzi pericolosamente multiculturali, o pretendere di esportare

1 frenesia

all'estero il nostro made in Italy mentre in patria mangiamo solo pasta e pomodoro, forse sarebbe stato meglio lasciare la sovranità per altri e più meritevoli obiettivi. Un caso di comicità involontaria è invece il nome del ministero del Mare e del Sud, dove mancano solo il Sole, il Mandolino e il Putipù per completare un antico stereotipo sul Mezzogiorno d'Italia; che- come siamo certi il neo ministro Musumeci sa - comprende anche vaste e neglette aree interne e appenniniche, dove si lavora e si produce pure nei giorni uggiosi.

Corriere della sera, Antonio Polito, 22/10/22

Compréhension (8 points)

1. Pourquoi selon le journaliste en politique changent souvent les noms ? (/2)
2. En quel sens la désignation des ministères permet-elle de qualifier le gouvernement Meloni de gouvernement de droite ? (/3)
3. Comment est analysé le fait d'ajouter "souveraineté alimentaire" au nom du Ministère de l'agriculture ? (/3)

Expression écrite (12 points)

Secondo Lei, cosa esprime la scelta dei nomi in politica ? può usare esempi sia francesi che italiani o anche di altri paesi.